



Roman Sehling
Dr. Norbert Wagner



Politik- und Klimawandel in den USA

Mit steigenden Energiepreisen und der wachsenden Gefahr durch die zahlreicher werdenden Wirbelstürme ist das Thema Klimawandel nun auch in den USA in aller Munde. Zusammen mit den ersten Gegenmaßnahmen auf regionaler Ebene, weiteren wissenschaftlichen Studien wie dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und dem viel gezeigten Film „An inconvenient truth“ des ehemaligen Vizepräsidenten Al Gore scheint das Thema in den USA endlich den „tipping point“ erreicht zu haben, an dem diese Herausforderung Politiker auf nationaler Ebene zum Handeln veranlasst.

Der Präsident hat das Thema Klimawandel dann auch in seiner „State of the Union“ Ansprache im Januar erwähnt und einige Maßnahmen angekündigt. Den Demokraten unter Speaker Nancy Pelosi jedoch ist dies nicht genug. Sie haben den Klimawandel kurzerhand zu einem top Thema gemacht. Eine Reihe von Ausschüssen und Unterausschüssen befasst sich nun damit, umfassende Gesetzesinitiativen zum Klimawandel zu entwickeln, die sogar die Möglichkeit einer Emissionswachstumseinschränkung beinhalten sollen. Es wird auch untersucht, ob die Regierung Bush wissenschaftliche Studien zum Klimawandel in der Vergangenheit redigiert hat, um dessen Gefahr zu überspielen.

Allerdings sollte nicht zu viel erwartet werden: auch innerhalb der Demokratischen Partei formieren sich alteingesessene Interessengruppen, um die Belange des Automobil-, Energie- und Kohlesektors sowie der Landwirtschaft zu verteidigen. Die Industrie selbst hat erkannt, daß die Obstruktionsphase vorbei ist und es nun gilt, ihre Interessen vor anderen nationalen und internationalen Industriezweigen zu verteidigen und die Kosten einer Klimawandelpolitik so viel wie möglich von anderen tragen zu lassen. Auch die Bevölkerung hat die langfristige Bedrohung erkannt und eine Reihe von Präsidentschaftskandidaten berücksichtigt das Thema bereits. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie lange dieser Enthusiasmus anhält und wie sich die Befürwortung der Maßnahmen seitens der Bevölkerung entwickelt, sobald sich ihre Energiekosten kurzfristig erhöhen und Arbeitsplätze weiter ins Ausland verlagert werden.

Bush: Climate Change a serious Challenge

In seiner „State of the Union“ Ansprache vor der amerikanischen Nation sprach Präsident George W. Bush dann auch von einer „ernsthaften Herausforderung“ durch den Klimawandel. Bereits im Vorjahr hatte der Präsident gefordert, die Ölimporte aus dem Nahen Osten bis 2025 um 75 Prozent zu senken und dabei versprochen, einheimische alternative Energiequellen mit seiner „American Competitiveness Initiative“ zu fördern. Auch in diesem Jahr sprach er wieder darüber Energie zu sparen und über die Förderung alternativer Energiequellen: mit seiner neuen Initiative „20 in 10“ soll innerhalb der nächsten zehn Jahre der Treibstoffbedarf um 20 Prozent gesenkt werden. Dabei sollen bis 2017 jährlich insgesamt 35 Milliarden Gallonen Treibstoff aus erneuerbaren Energiequellen wie zum Beispiel Ethanol produziert werden, was knapp 15 Prozent des jährlichen Treibstoffbedarfs ausmachen würde und ein Fünffaches des für 2012 geplanten Ziels darstellt. Momentan werden jährlich rund 5 Milliarden Gallonen Ethanol verbraucht, was die

Inhaltsverzeichnis:

<i>Sea Change!?</i>	1
<i>Bush: "20 in 10"</i>	1-2
<i>Political Science</i>	2-4
<i>Alte Rechnungen</i>	4-6
<i>Cap and Trade</i>	6-7
<i>Kalter CAFE</i>	7-8
<i>Climate vs. Security</i>	8-9
<i>Energy Efficiency</i>	9-10
<i>Industry Response</i>	10-12
<i>Mass. vs. EPA</i>	12-13
<i>Act locally</i>	13-14
<i>National Security</i>	14
<i>The Heat is on 2008!</i>	15
<i>Sea Change?</i>	16
<i>Fußnoten</i>	16-18

2005 beschlossene Quote um 25 Prozent übertrifft. Auch scheint die nächste Quote von einer jährlichen Produktion von 7,5 Milliarden Gallonen bis 2012 erreicht zu werden.[1,2]

Auch sprach Präsident Bush eine Reform des „corporate average fuel economy (CAFE)“ Standards an. Allerdings sollte dieser seit über zwanzig Jahren unveränderte durchschnittliche Treibstoffverbrauchswert des gesamten Fahrzeugangebots eines Herstellers nicht einfach von derzeit rund 8,8 Liter pro 100 Kilometer (bzw. 27,5 Meilen pro Gallone) erhöht werden, sondern stattdessen der Automobilindustrie erlaubt werden, für unterschiedliche Fahrzeugtypen unterschiedliche durchschnittliche Treibstoffverbrauchswerte zu führen. Zusammen mit der Erhöhung des Anteils erneuerbaren Energiequellen am Treibstoffverbrauch soll damit allerdings das Wachstum von Kohlendioxidemissionen von Fahrzeugen innerhalb der nächsten zehn Jahre gestoppt werden.[2]

Allerdings setzt Präsident Bush dabei voraus, daß die Automobilhersteller ihren durchschnittlichen Treibstoffverbrauch ab 2010 jährlich freiwillig um 4 Prozent verringern werden. Kritiker befürchten auch, daß die von Bush vorgeschlagene Veränderung des CAFE Standards die Automobilhersteller nicht zwingt, ihre Fahrzeuge mit effizienteren Motoren auszustatten und deren Angebot auch weiterhin mit vielen „gas guzzlern“ bestückt sein wird, die dafür jedoch auch mit Ethanol-versetztem Treibstoff fahren können.[1]

Die insgesamt relativ versöhnlichen Töne aus dem Weissen Haus zum Thema Klimawandel begründete der Talk Show Host Jay Leno allerdings ganz einfach mit dem Mangel an anderen Gesprächsthemen. Wenn Präsident Bush nicht etwas zum Klimawandel gesagt hätte, dann hätte er über den Irakkrieg sprechen müssen, und im Vergleich dazu war ihm der Klimawandel als Thema doch wesentlich angenehmer.

Politization of Scientific Reports

Nach sechs Jahren ununterbrochener republikanischer Dominanz im Kongress, erfüllt dieser nun wieder seine Aufgabe der Aufsicht über die Exekutive, das zumindest behauptet der Demokratische Abgeordnete Henry Waxman. Dieser ist Vorsitzender des House Oversight and Government Reform Ausschusses und plant in dieser Rolle eine Reihe von Anhörungen abzuhalten, um zu erörtern, ob es zu einer Manipulation von Klimaforschungsergebnissen seitens des Weissen Hauses gekommen ist bzw. ob eine Zensur von staatlichen Wissenschaftlern stattgefunden hat. Waxman wandte sich daher am 22. Januar wieder an James Connaughton, den Direktor des Council of Environmental Quality (CEQ) des Weissen Hauses, um Dokumente und Unterlagen zu Klimawandelstudien sowie jegliches Material, welches die Aussagen von Regierungswissenschaftlern und anderen Spezialisten beeinflusst haben könnte, anzufordern.[3]

Nachdem man sich beim CEQ lange Zeit weigerte, dieser Forderung nachzukommen, erhielt der Ausschuss Ende Januar eine erste Lieferung von Unterlagen, von deren Qualität auch der Republikanische Kollege von Waxman, Thomas Davis, schlichtweg enttäuscht war. Neun zum Teil nicht angeforderte Dokumente wurden zwar an sie übergeben, jedoch wurden über dreissig angefragte Unterlagen nicht freigegeben, da sie einen Einblick in den Entscheidungsprozess des Präsidenten gegeben hätten. Dieser hat zwar das konstitutionelle Recht, eine Einsicht in solche Unterlagen zu untersagen, jedoch hat Präsident Bush in diesem Fall davon noch keinen Gebrauch gemacht.[4] Ende Februar kam man dann zu einem Übereinkommen mit dem CEQ: pro Woche würde das CEQ dem Ausschuss einen Karton mit ange-

forderten Unterlagen zukommen lassen. Des weiteren versprachen Vertreter des CEQ, bis Ende März alle zuletzt angeforderten Dokumente dem Ausschuss zu liefern bzw. wenigstens die relevantesten und den Rest bis zum 15. April.[5]

Mitte März gab dann der House Oversight and Government Reform Ausschuss bekannt, dass nach seinen Erkenntnissen das Weisse Haus mehrere hundert Änderungen an wissenschaftlichen Studien durchgeführt hatte. Laut Waxman hatten Cooney und andere Bürokraten des CEQ in einer Forschungsdirektive zum Klimawandel vom Juli 2003 insgesamt mindestens 181 Änderungen vorgenommen, um wissenschaftliche Zweifel zu übertreiben bzw. hervorzuheben und 113 Änderungen, die die Bedeutung der menschliche Rolle im Klimawandel verringerten. Laut Waxman haben diese Veränderungen dazu beigetragen, dass es eine spürbare Lücke zwischen dem Klimawandelverständnis der Wähler und Politiker einerseits und der wissenschaftlichen Gemeinschaft andererseits gibt. Waxman warf den Beamten des CEQ einen gravierenden Amtsmissbrauch vor, auch wenn er andererseits einräumte, dass es noch zu früh wäre, um klare Schlüsse zu ziehen.[6]

Philipp Cooney, der von 2001 bis 2005 Chief of Staff des CEQ war, musste bereits vor Jahren von seinem Posten zurücktreten, nachdem damals bekannt wurde, daß er Erläuterungen von staatlichen Wissenschaftlern revidiert oder gestrichen hatte, denen deren Vorgesetzte bereits zugestimmt hatten.[7] Waxman nannte ein Beispiel für Cooneys Aktivitäten: in einer Studie der Environmental Protection Agency aus dem Jahr 2003 ersetzte er eine Aussage wie „die 90iger Jahre sind wahrscheinlich das wärmste Jahrzehnt für die nördliche Hemisphäre in den vergangenen 1000 Jahren gewesen“ durch „das Klima der Erde hat sich während seiner ganzen Geschichte dramatisch verändert und wird sich auch weiterhin aufgrund von natürlicher Variabilität verändern.“[8]

An anderen Stellen wurde der positive Effekt der globalen Erderwärmung hervorgehoben, ein Paragraph zu den Gesundheitsrisiken und Umwelteinflüssen gestrichen und ansonsten auch betont, daß die Kohlendioxidanreicherung in der Atmosphäre kein guter Indikator für die Erderwärmung sei und es überhaupt keine „unequivocal“ Verbindung zwischen menschlichen Aktivitäten und der Erderwärmung gebe.[4] Cooney verteidigte sich in einer Anhörung damit, daß seine Änderungsvorschläge (und nicht „final edits“) nur dazu gedacht waren, die Studien der Exekutive mit der Politik der Regierung anzugleichen.[8] Cooney war vor seiner Anstellung beim CEQ ein Lobbyist der Ölindustrie und ist mittlerweile bei Exxon-Mobil tätig.[7]

Die *Union of Concerned Scientists* (UCS) wurde ebenfalls zu einer Anhörung vor dem Ausschuss eingeladen, um eine Studie zu präsentieren, in der UCS dem Weissen Haus vorwirft, das Thema des Klimawandels politisiert zu haben. Laut UCS wurde in den letzten Jahren die Meinungsfreiheit von staatlich angestellten Wissenschaftlern eingeschränkt. Dies würde eine Umfrage unter 279 Wissenschaftlern bestätigen, von denen über die Hälfte angab, innerhalb der letzten fünf Jahre eine politische Einmischung erlebt zu haben. So wurde zum Beispiel Tom Knutson, einem Meteorologen des Geophysical Fluid Dynamics Laboratory des National Oceanic and Atmospheric Administration, schlichtweg untersagt, dem Fernsehsender CNBC ein Interview zu geben. Bereits 2004 wurden alle NASA Wissenschaftler veranlasst, nur im Beisein von NASA-Pressesprechern Interviews zu geben (die Einschränkung wurde später wieder aufgehoben).[3]

Republikanische Abgeordnete bemängelten jedoch, daß die eingeladenen Zeugen aus den Reihen staatlicher Wissenschaftler keine Beweise in Form von Dokumenten hätten – Gesetzge-

bung allein auf Basis von Anekdoten würde keine gute Politik sein, so Thomas Davis, der ranghöchste Republikaner des Ausschusses. Auch wurde die Umfragemethode der UCS kritisiert: zwar hätte die Hälfte der antwortenden Umfrageteilnehmer geantwortet, dass sie unter Druck gesetzt worden waren, jedoch bemängelte man die Auswahl und geringe Teilnahme an einer Umfrage, die sich an insgesamt 1600 Wissenschaftler richtete.[9]

Es überrascht daher nicht, daß Umweltschützer und Wissenschaftler befürchten, dass die Regierung Bush nun andere Methoden anwenden wird, um ähnliche Ziele zu verfolgen. So wurden kürzlich die Vorschriften für das Office of Information and Regulatory Affairs (OIRA) verändert. Diese Institution ist Teil des Office of Management and Budget, welches wiederum dem Chief of Staff des Weissen Hauses Joshua Bolton untersteht. Das OIRA begutachtet alle Regulierungen und Vorschriften, die von staatlichen Behörden veröffentlicht werden. Nach der neuen Regelung wird OIRA die Behörden auffordern, vermehrt ihre Vorschriften zur Übersicht einzusenden. Auch sollen die für Vorschriften zuständigen Angestellten der Behörden nicht mehr intern rekrutiert, sondern von der Regierung ernannt werden. Desweiteren soll in der Zukunft eine größere Aufmerksamkeit den Kosten/Nutzen Studien gewidmet werden. Kritiker befürchten, daß damit die hohen anfänglichen Kosten, die bei der Bekämpfung des Klimawandels entstehen, in den Vordergrund geschoben werden sollen und der langfristige Nutzen aus der Verringerung der Probleme dabei untergraben wird. Der Direktor des OIRA, Steve Aitken, gibt auch offen zu, daß nicht alle Regulierungen aller Behörden von Interesse sind. Man würde sich nur mit spezifischen Vorschriften auseinandersetzen.[10]

Democratic infighting: alte Rechnungen

Am 18. Januar verkündete Speaker Nancy Pelosi ihre Absicht ein Select Committee on Energy Independence and Global Warming ins Leben zu rufen, welches die Aufgabe hat einerseits Anhörungen abzuhalten und andererseits die Arbeit von sieben weiteren Ausschüssen und Unterausschüssen, die für dieses Thema zuständig sind, zu koordinieren.[11] Speaker Pelosi hat desweiteren geplant, daß alle sieben Ausschüsse mit dem Kompetenzbereich Klimawandel ihre Gesetzesvorschläge bis zum 1. Juni vorzulegen haben, so daß diese nach dem 4. Juli im Abgeordnetenhaus diskutiert werden können.[12]

Jedoch stießen die Vorstellungen von Speaker Pelosis auf einigen Widerwillen auch unter ihren Demokratischen Kollegen. Der von ihr initiierte Sonderausschuss wurde schnell von dem Vorsitzenden des House Energy and Commerce Ausschusses John Dingell kritisiert. Noch am Vortag von Pelosis Bekanntmachung, sagte jener, daß diese Art von Ausschüssen so brauchbar und wichtig wie Federn für einen Fisch wären.[13] Auch nachdem Pelosi allen interessierten Abgeordneten versicherte, daß der Sonderausschuss keine legislative Befugnis haben würde und zeitlich bis zum 30. Oktober 2008 befristet sei, blieben die Abgeordneten skeptisch bzw. besorgt um ihre Machtbefugnisse.[14,15,16] Sonderausschüsse sind sonst als Methode bekannt, um Gesetzesvorschläge nicht durch permanente Ausschüsse „hindurchlotsen“ zu müssen.[17,18]

Dingell wollte daher auch schnell mit den Republikanischen Mitgliedern seines Ausschusses und der Republikanischen Führung zusammenarbeiten, um sicher zu stellen, dass der Sonderausschuss dem House Energy and Commerce Committee weder jetzt noch in der Zukunft sein Einflussgebiet streitig machen würde. Speaker Pelosi könnte theoretisch jederzeit einen Ausschuss mit Gesetzgebungsbefugnis einberufen, was allerdings nicht unbedingt von einer Mehrheit an Abgeordneten gebilligt werden muss.[17,18] Auch hat Pelosi seit ihrem Amtsan-

tritt nicht gezögert, Ausschussvorsitzenden zu zeigen, dass sie keine Hemmungen hat, sie zu zügeln. Unter anderem hat sie John Dingell klar gemacht hat, daß sie Henry Waxman für die Aufgabe bevorzugt, eine Aufsichtsrolle auf dem Gebiet der Klimawandelpolitik auszuüben. Auch hat sie Dingell davon abgeraten, dessen Einflussgebiet auf Kosten Barney Franks Financial Services Ausschuss auszuweiten. Sowohl Dingell als auch Pelosi sind scheinbar dabei alte Rechnungen zu begleichen: als es 2001 um die Wahl des Fraktionsvorsitzenden ging, unterstützte Dingell Pelosis Kontrahenten Steny Hoyer. Im Jahr 2002 unterstützte Pelosi dann Lynn Rivers in der Vorwahl um die Nomination für den Kandidaten der Demokraten in Dingells Wahlbezirk. Die Vorwahl war nach der obligatorischen Grenzziehung nach der Volkszählung notwendig geworden.[13]

Die Republikaner können sich derweilen etwas zurücklehnen und das Demokratische Scharmützel beobachten. Der ranghöchste Republikaner des House Energy and Commerce Committees, Joe Barton, warnte Speaker Pelosi davor, neue legislative Infrastrukturen zu schaffen, nachdem man ja gerade mit dem Thema der Transparenz Wahlkampf betrieben habe. Wenn Pelosi dem Sonderausschuss eine Machtbefugnis zugestanden hätte, hätte sie damit jeden Republikaner im Abgeordneten- und Weissen Haus gegen sich aufgebracht.[19] Ein hochgestellter Republikanischer Mitarbeiter fragte dann auch nach dem Sinn des Sonderausschusses, der ohne Befugnisse scheinbar nur dazu da ware, Diskussionsstichpunkte zu liefern und Dingell zu irritieren.[12]

Die Republikanische Führung kooperiert daher momentan weniger mit dem Ausschuss. So wurde z.B. nicht der Republikanische Abgeordnete Wayne T. Gilchrest oder Christopher Shays, die ausgesprochene Befürworter von Emissionsverringerung sind und nicht davor zurückscheuen, amerikanische Firmen dazu zwingen, zum Sonderausschuss benannt. Stattdessen ernannte Minority Leader John Boehner lieber sechs Emissionsrechtshandelskeptiker. Fünf von diesen sechs haben auch gegen die Einführung dieses Ausschusses gestimmt.[20,21] Die Tatsache, daß unter den Demokraten einige der am stärksten in Sachen Umweltschutz und Klima engagierten Politiker sind, lässt bezweifeln, dass der Sonderausschuss mehr als nur ein Podium der extremen Gegensätze wird.

Speaker Pelosi stößt daher weiterhin auf Widerstand auch unter ihren Parteikollegen. Sie war an die Ausschussvorsitzenden herangetreten mit der Bitte bis zum 1. Juni ihre Gesetzesvorschläge einzureichen, so daß diese nach dem 4. Juli zur Debatte stehen könnten. Der Vorsitzende des Ways and Means Committees, Charles Rangel, der Vorsitzende des Committee on Natural Resources, Nick Rahall und der Vorsitzender des Committee on Agriculture, Collin Peterson hatten sich bereit erklärt, die Frist einzuhalten. Der Energy and Commerce Ausschussvorsitzender John Dingell jedoch und Rick Boucher vom Energy and Air Quality Unterausschusses haben jedoch angekündigt, daß sie zwar versuchen würden, so schnell wie möglich Gesetzesvorschläge zu unterbreiten, allerdings keine Versprechen machen könnten. Eine Gesetzesinitiative zur vorgeschriebenen Verringerung von Treibhausgasemissionen wird im Juli daher noch nicht zur Debatte anstehen, sondern wahrscheinlich erst später in diesem Jahr, musste Pelosi dann auch erklären.[22] Laut Dingell ist eine willkürlich gesetzte Frist unakzeptabel. Stattdessen wäre es unumgänglich, sich genug Zeit zu lassen, um sicher zu stellen, daß man eine Gesetzesinitiative vorschlägt, die eine Supermehrheit nicht nur im Unterhaus sondern auch im Senat erreichen kann, um Gesetz zu werden.[23] Diesen Sommer könnten sicherlich einige Initiativen bereits zur Abstimmung kommen, so zum Beispiel die Förderung von Ethanol auf Zellulosebasis, „coal-to-liquids“ Technologie und andere Maßnahmen, um die Abhängigkeit von Ölimporten zu verringern, so Boucher.[22,23]

Cap and Trade - Emissionsrechtehandel

Unter den Demokratischen Senatoren ist die Einführung des Emissionsrechtehandels schlichtweg ein top Favorit. Der Gesetzesvorschlag des Republikanischen Präsidentschaftsanwärters und Senatoren John McCain and seines Demokratischen Senatskollegen Joe Lieberman wird auch von Senator Obama und Clinton unterstützt und beinhaltet ein Emissionslimit für Kohlendioxid und andere Treibhausgase. Ab 2012 dürften amerikanische Firmen die absoluten Emissionen des Basisjahres 2004 nicht überschreiten. Danach müssten sie bis 2030 Ihre Emissionen auf 80 Prozent der Emissionen des Jahres 1990 gesenkt haben und bis 2050 auf 40 Prozent der Emissionsmengen von 1990. Der Emissionswachstumsstop würde die gesamte Wirtschaft erfassen und ähnelt in diesem Aspekt den meisten anderen Gesetzesinitiativen, jedoch beinhaltet dieser Vorschlag auch die Förderung der Atomenergie.[24] Ähnliche Initiativen werden von dem Demokratischen Senator John Kerry und der Republikanischen Senatorin Olympia Snowe, sowie von der Demokratischen Senatorin Barbara Boxer und dem unabhängigen Senator Bernie Sanders, als auch von den Demokratischen Senatoren Dianne Feinstein und Tom Carper vorgeschlagen.

Dabei liegen die Hauptunterschiede in den Emissionslimitmengen sowie dem Grad der Anwendung auf die gesamte Wirtschaft oder auf Teile dieser. Das Emissionslimit der Gesetzesinitiative von den Senatoren Kerry und Snowe gleicht dem der Senatoren McCain und Lieberman, sieht allerdings eine andere Emissionslimitwachstumsrate vor und fordert auch, daß der Anteil erneuerbarer Energiequellen bis zum Jahr 2020 20 Prozent des Energieverbrauchs ausmacht.[25,26] Der Gesetzesvorschlag der Senatoren Sanders und Boxer wiederum übertrifft das Emissionslimit ihrer Kollegen: sie fordern, daß im Jahr 2050 die Emissionswerte einen Stand von 20 Prozent des Jahres 1990 haben.[26]

Die Senatoren Feinstein und Carper hingegen wollen das Emissionslimit in erster Linie nur auf Kraftwerke anwenden und dabei insbesondere auf Kohlekraftwerke im Mittwesten und Süden der USA. Ab 2011 würden die Emissionswerte des Jahres 2006 als Basisjahr dienen, danach würde ab 2015 das Jahr 2001 als Basisjahr genutzt werden. Dies würde einer insgesamt 16 prozentigen Verringerung von Emissionsmengen entsprechen. Emissionsrechtehandel würde es den Kraftwerken erlauben, bei Unvermögen die eigenen Emissionen zu vermindern, Emissionsrechte bei anderen Kraftwerken aufzukaufen. Folglich wird der Vorschlag auch von sechs größeren Kraftwerken unterstützt, welche nicht auf die emissionsstarken Kohlekraftwerke gesetzt haben.[26,27] Ein weiterer Vorschlag kommt von Senator Bingaman, der zwar auch Emissionslimits befürwortet, jedoch vorhat die Treibhausgasemissionsdichte (Emissionen/Bruttosozialprodukt) zu verringern. Nach seinem Plan würde die Dichte jährlich um 2.6 Prozent ab 2012 bis 2021 gesenkt werden und danach ab 2030 um jährlich 3 Prozent. Interessant allerdings auch, daß Bingaman ein „Überdruckventil“ in seinen Vorschlag eingebaut hat: die Kosten für eine Tonne Kohlendioxid dürften \$7 nicht überschreiten (wobei ab 2012 jedes Jahr ein Inflationsausgleich von 5 Prozent hinzukäme).[26,28]

Aber auch die Republikaner selber sind sich nicht eins, wenn es um Emissionsrechtehandel geht. Teil des Gesetzesvorschlages der Regierung Bush war die Option für Automobilhersteller, unter sich Emissionsrechte zu handeln. Wenn ein Hersteller nicht rechtzeitig die nötigen Fahrzeug- bzw. Motorentypen mit ausreichend niedrigen Verbrauchswerten auf den Markt bringt, kann er Anrechte bei anderen Herstellern kaufen, die diese aufgrund von umweltfreundlicherer Technologie nicht brauchen. Vertreter beider Parteien äußerten sich skeptisch gegenüber diesem spezifischen Vorschlag, da solches Handeln mit Emissionswerten

bisher nur innerhalb einer Industrie erfolgreich betrieben wurde, deren Firmen nicht in direktem Wettbewerb miteinander standen. Die Republikaner lehnten diesen Teil des Vorschlags der Regierung Bush daher bisher ab bzw. bezweifelten, daß er zu niedrigeren Treibstoffverbrauch führen würde.[29]

Die Republikaner halten sich generell momentan eher etwas zurück. Joe Barton, der Republikanische Kollege von John Dingell im House Energy and Commerce Ausschuss weist aber darauf hin, daß ein Emissionsrechtehandel, der einerseits Emissionen beschränken würde und es andererseits Firmen erlaubt, die ihnen zugeteilten Emissionskredite zu verkaufen bzw. andere zu kaufen, nur die Verbraucherpreise in die Höhe treiben wird. Laut Barton bestehen diese Vorschläge nicht den "common sense" Test: sie würden wenig Nutzen zu hohen Kosten bringen, gerade wenn man bedenkt, daß Länder mit hohen Treibhausgasemissionen wie China und Indien nicht berücksichtigt sind.[30] Sein Kollege im Senat und langjähriger Klimawandelskeptiker, James Inhofe bezeichnete Emissionsrechtehandel dann auch nur als die größte Steuererhöhung.[31] Sein Kollege im Senat und ehemaliger Ausschussvorsitzender des Environment and Public Works Committees, James Inhofe, bezweifelte nicht nur die Wirksamkeit von Emissionsbeschränkungen, sondern bemängelte auch den fehlenden wissenschaftlichen Konsensus, das Fehlen einer Analyse der wahren wirtschaftlichen Belastungen und warnte auch vor dem Effekt der einseitigen "Entwaffnung" der amerikanischen Wirtschaft bei einem Emissionsverringierungszwang. Zudem bezeichnete er den Emissionsrechtehandel als die größte Steuererhöhung.[31,32]

Alles kalter CAFE?

Neben Präsident Bush hat auch der Abgeordnete John Dingell einige Vorstellungen (und insbesondere Zuständigkeit im Abgeordnetenhaus) was die Zukunft der CAFE Standards angeht. Laut Dingell ist es an der Zeit die „old-fashioned“ Standards zu überholen, auch wenn er noch nicht benennen wollte, was genau ihm vorschwebt. Eine Option wäre, den durchschnittlichen Treibstoffverbrauch nicht per Meile pro Gallone, sondern per Meile pro Treibhausgasemission zu berechnen.[33] Einige von Dingells Kollegen im House Energy and Commerce Ausschuss jedoch wollen in erster Linie die existierenden Standards ganz „altmodisch“ einfach erhöhen. Dazu zählt unter anderem der von Speaker Pelosi zum Sonderausschuss berufene Abgeordnete Edward Markey.[41] Eine überparteiischer Gesetzesvorschlag würde Automobilhersteller dann zum Beispiel zwingen bis 2018 den durchschnittlichen Verbrauch ihrer Fahrzeuge um knapp 10 Meilen pro Gallone Treibstoff zu verringern. Danach müssten sie jährlich den Verbrauch um 4 Prozent reduzieren, bis es nachweisbar technologisch oder ökonomisch nicht möglich bzw. rentabel ist.[33] Auch der Vorsitzende des Ausschusses für Commerce, Science and Transportation, Senator Daniel Inouye, will CAFE Standards untersuchen und erörtert eine Anhebung für Personalfahrzeuge und Transporter bis knapp 5 Tonnen Gewicht auf 35 Meilen pro Gallone innerhalb der nächsten zehn Jahre.[34]

Climate Change vs. Energy Independence

Laut Thomas D. Shope, Principal Deputy Assistant Secretary des Energy Department kann erst im Jahr 2045 mit Technologien zur Absorption und Aufbewahrung von Kohlendioxid zu rechnen sein. Momentan wird ungefähr die Hälfte des U.S. Energiebedarfs durch Kohle gedeckt. Sollte aufgrund von Kohlendioxidemissionsbeschränkungen die Nachfrage nach

Kohle abrupt verringert werden und Kohle durch andere Treibstoffe ersetzt werden müssen, wird es zu starken Preisanstiegen bei den alternativen Brennstoffen kommen.

Rick Boucher vom Energy and Air Quality Subcommittee verkündete dann auch, daß er eventuell den Klimawandelgesetzesinitiativen Änderungen beifügen würde, die es Kohleverbrauchern erlauben würde, einige Forderungen erst erfüllen zu müssen, sobald die Technologie für Absorption und Aufbewahrung von Treibhausgasen auf dem Markt ist. Shupe erklärte, daß es bei gleichen staatlichen Fördermitteln unwahrscheinlich ist, daß bezahlbare Technologien vor 2025 auf dem Markt wären. Eine Verdopplung der Fördermittel würde deren Entwicklung beschleunigen. Nach dem heutigen Erkenntnisstand würde ein emissionsvermindertes Kohlekraftwerk im Jahr 2025 knapp 10 Prozent über den Kosten eines regulären Kohlekraftwerkes liegen und erst gegen 2045 würde die Technologie soweit sein, daß die Kosten ungefähr gleich seien.

Senator Bingaman äusserte sich skeptisch, was die Chancen der viel gepriesenen "coal to liquids" Technologie angeht. Umweltschützer sehen das ähnlich und wiesen in der Vergangenheit darauf hin, daß diese Technologie einerseits nicht unbedingt technisch möglich sein muss und andererseits wahrscheinlich zu teuer wird, um praktikabel zu sein.[35] Kritiker weisen dabei auch darauf hin, daß eine Emissionseinschränkung gerade wirksam ist, um erhöhte Investitionen in neue Technologien zu fördern. Warum sollte eine Firma freiwillig auf diese Technologien setzen, wenn die Regierung Bush es ihnen erlaubt, kostenfrei die Umwelt zu verschmutzen, so der Demokratische Abgeordnete Jay Inslee. David Hawkins vom Natural Resources Defense Council warnte dann auch, daß die Kohlekraftwerke, die in den nächsten 25 Jahren ohne „clean coal technology“ gebaut werden sollen, in ihrem Lebenszyklus 30 Prozent mehr Kohlendioxid ausstossen, als alle früheren Emissionen durch Kohlenutzung in den USA zusammen.[36] Die regulative Unklarheit hat auf jeden Fall bereits die Elektrizitätsfirma TXU Corporation dazu veranlasst, ihre geplanten acht neuen Kohlekraftwerke nicht zu bauen und stattdessen \$400 Millionen für Energieeffizienz und Einsparung auszugeben.[37]

Ein ähnliche Herausforderung, sich zwischen Energieunabhängigkeit und Klimawandel zu entscheiden, besteht auch, was den alternativen Treibstoff Ethanol angeht. Hier trifft die bedeutende Interessengruppe der Agrarindustrie auf die Anhänger des Klimaschutzes. Um das Ziel des Präsidenten zu erreichen, innerhalb der nächsten zehn Jahre den Treibstoffbedarf um 20 Prozent zu senken und mit jährlich 35 Milliarden Gallonen an erneuerbaren Energiequellen zu ersetzen, muss langfristig Ethanol aus Brasilien und andern Ländern importiert werden. Dafür müsse allerings der Importzoll von 54 Cent pro Gallone (3.9 Liter) eventuell aufgehoben werden, so Samuel Bodman, Secretary of Energy.[35] Das jedoch ist nicht unbedingt im Interesse der Senatoren des mittleren Westens der USA, der zu den größten Maisanbaubieten der Welt zählt. Der Vorsitzende des Agriculture Committee, Senator Tom Harkin aus Iowa, war daher begeistert von Präsident Bushs Initiative, den Anteil an Ethanol am Treibstoffverbrauch zu erhöhen. Er hat daher seinen eigenen Gesetzesvorschlag eingebracht, nachdem 60 Milliarden Gallonen von erneuerbaren „biofuels“ wie Ethanol, bis 2030 jährlich verbraucht werden sollen.[1] Eine Senkung oder Abschaffung des Einfuhrzolls jedoch würde die Entwicklung von einheimischen Kapazitäten nur bremsen, so Senator Bingaman vom Senate Energy and Natural Resources Ausschuss.[35]

Energieverbrauch effizienter gestalten

Nachdem Jimmy Carter in den 70iger Jahren unangenehme Erfahrungen mit der Bereitschaft der Amerikaner, Energie zu sparen, machen musste, entdeckt man diesen Ansatz jetzt wieder „neu.“ Auch wenn Vizepräsident Dick Cheney Sparsamkeit noch 2001 als eine Tugend bezeichnete, so wird nun Energieeffizienz mittlerweile als „fünfter Treibstoff“ gehandelt und ist damit ein wichtiger Aspekt in der Klimawandeldebatte. Nachdem der amerikanische Kongress in der Vergangenheit hauptsächlich auf Steuervergünstigungen gesetzt hatte, erörtern Politiker nun die Möglichkeit, Elektrizitäts- und Gaswerke zu zwingen, den steigenden Energiebedarf der Verbraucher durch Produktivitätssteigerungen ihrerseits zu erfüllen. Dan Reicher, Direktor für Klimawandelinitiativen bei Google.org und ehemals beim Department of Energy, rief den Kongress dazu auf, es nicht bei Sparsamkeitsdeklarationen zu belassen. Stattdessen sollte ein Energieeffizienzstandard eingeführt werden, der Elektrizitäts- und Gaswerke veranlassen würde, Energiebedarfswachstum mit höherer Produktivität auszugleichen und damit weniger Kraftwerke bauen zu müssen, was letztendlich emissionsverringern wirkt. Laut Reicher hätten bereits acht Bundesstaaten verschiedene Versionen dieses Konzepts eingeführt.[37]

Der American Council for an Energy-Efficient Economy schlägt vor, daß die Elektrizitätswerke ihre prognostizierten Verbrauch um knapp 10 Prozent bis 2020 verringern und damit ihr prognostiziertes Wachstum um die Hälfte verkleinern. Bill Prindle, der stellvertretende Direktor des Councils wies dabei auf eine Studie für die Bundesstaaten des Nordostens der USA hin, die ergab, daß eine Kombination von Sparsamkeit bzw. geringerem Verbrauch und dem Erschließen erneuerbarer Energiequellen bis 2020 zu einem verringerten Wachstum der Emissionen und danach zu deren Sinken führen könne (und dies ohne Emissionsrechtehandel bzw. Emissionssteuern). Wie das allerdings mit einem privatwirtschaftlichem Geschäftsmodell realisierbar sein soll, wurde noch nicht beantwortet. Die Profite der Elektrizitätswerke sind in aller Regel an den Verbrauch gekoppelt. Auch würde ein Vorrang der Energieeffizienz potenziell die Entwicklung von erneuerbaren Energien behindern, da Einsparungsmaßnahmen günstiger wären als neue Technologien.[37]

Resultate einer Studie des American Solar Energy Society besagen ebenfalls, daß existierende Technologien (wie Solartechnik, Photovoltaics, Wind, Biomasse und geothermische Energiequellen) gemeinsam mit einer verbesserten Energienutzung der Industrie, in Gebäuden und im Verkehr Treibhausgasemissionen um 1.2 Milliarden Tonnen bis 2030 verringern könnten. Henry Waxman vom House Oversight and Government Reform Ausschuss betonte jedoch, daß sowohl Emissionsrechtehandel als auch Investitionen in neue Technologien auch trotz des Einsatzes von bereits nutzbaren Technologien erforderlich sind. Beide Aspekte wären wichtig – viel könnte ohne Emissionshandelsrechte geschafft werden, jedoch wären diese notwendig, um auf dem richtigen Weg zu bleiben.[38] Ebenso warnten Mitarbeiter der Demokraten, daß die Führungsriege im Senat zwar an solchen „efficiency standards“ interessiert wäre, diese jedoch nicht ihre Betreibungen gefährden dürften, einen „renewable portfolio“ Standard einzuführen. Auch warnt man davor, daß diese Vorschläge im House Energy and Commerce Ausschuss ihr Ende finden könnten, wie bereits mit ähnlichen Gesetzesinitiativen im Jahr 2005.[37]

Industry response

Ob aus wirtschaftlichem oder öffentlichem Interesse am Klimawandel, immer mehr Firmen und ihre Interessenvertreter haben sich zusammengeschlossen, um die Debatte in Washington, D.C. zu beeinflussen. Das ehemals meist nur von Umweltlobbyisten und Skeptikern bearbeitete "Feld" des Klimawandels hat nun eine so starke Eigendynamik entwickelt, daß die vier größten Automobilhersteller jetzt sogar der Regierung anbieten, mit ihr an Emissionseinschränkungen zusammenzuarbeiten. Die Alliance of Automobile Manufactures konnte zwar keine direkte Übereinstimmung zwischen allen neun Mitgliedern erreichen, jedoch erklärten die vier größten Mitglieder (die knapp 70 Prozent des U.S. Marktes ausmachen) während einer Anhörung im Abgeordnetenhaus, daß sie bereit sind, mit den Abgeordneten an einer bindenden Emissionsverringerung zusammenzuarbeiten. Einige Republikanische Abgeordnete waren scheinbar etwas überrascht dies zu hören.[39,40] John DeCicco von der Organisation Environmental Defense nannte das Zugeständnis dieser Industriegrößen dann auch einen „major breakthrough“ auf dem Weg zur Emissionsverringerung.[22] Die Automobilindustrie war sonst allerdings weniger begeistert von einer möglichen Anhebung der CAFE Standards und hinterfragte die Effektivität dieser Vorschläge. Auch sind sich DaimlerChrysler, Ford, General Motors, Toyota sowie Vertreter der größten Gewerkschaft von Automobilindustriearbeitern (United Auto Workers) nicht einig, wie man fortfahren soll, auch wenn alle generell für Klimawandelgesetzesinitiativen sind.[41]

Auch wenn die U.S. Chamber of Commerce aufgrund der Vielzahl ihrer Mitglieder keine spezifische Position beziehen konnte, so forderte man doch, daß ein Emissionsstopp auf die ganze Wirtschaft ausgeweitet wird und nicht auf einzelne Segmente. Dabei sollte jedoch auch die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft in Betracht gezogen bzw. die Klimawandelgesetzesinitiativen sollten eine internationale Komponente haben.[39]

Ein Zusammenschluss von Industrie und Umweltgruppen indessen wird spezifischer und fordert bindende Maßnahmen, um den Klimawandel zu verlangsamen. Die U.S. Climate Action Partnership, unter deren Mitgliedern auch 10 Firmen mit insgesamt über 750 Milliarden Eigenkapital sind, fordert eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 60 bis 80 Prozent bis 2050. In dem Zusammenschluss sind Grossverbraucher von Kohle wie Elektrizitätswerke, Chemie- und Aluminiumriesen. Diese sprechen sich gegen die von der Regierung Bush und der Mehrheit der Industrie favorisierten freiwilligen Emissionseinschränkungen aus. Spezifische Gesetzesvorschläge werden von dem Zusammenschluss noch nicht unterstützt, auch wenn emissionsverringende Technologien sowie Kohle als Energieträger gefördert werden sollen. Einige der Mitglieder wollen ein "Überdruckventil" einführen, um zu große Kosten im Emissionsrechtehandel zu mildern - ein Aspekt, der auch Teil von Senator Bingamans Gesetzesvorschlag ist. Die Koalition fordert auch das Recht auf Emissionsrechtehandel unter den Firmen und den anderen Akteuren, um Emissionen anderweitig neutralisieren zu können. Das wird auch teilweise sowohl von den Senatoren Lieberman und McCain als auch in Senator Bingamans Initiative gefordert.[26,42]

Der Zusammenschluss der börsengehandelten Elektrizitätswerke und Energieversorgungsbetriebe, das Edison Electric Institute (EEI), veröffentlichte vor kurzem einen Richtlinienvorschlag zu Klimawandelgesetzesvorschlägen. Gerade die Elektrizitätswerke sind unter Druck, ihre Kohlendioxidemissionen zu verringern. Das EEI repräsentiert jedoch verschiedene Firmen, die wiederum unterschiedliche Ansichten zu Gesetzesinitiativen haben: Kohlekraftwerke sind am meisten von bindenden Emissionseinschränkungen betroffen,

während Atomkraftwerke vom Emissionsrechtehandel nur profitieren können. Die Richtlinien die von EEI vorgeschlagen werden ,beinhalten daher keine bindenden Maßnahmen, auch wenn die Meinungen innerhalb der Organisation auseinandergehen. Einige Mitglieder sind gegen jeden Zwang und setzen auf freiwillige Reduzierungen, während andere bindende Einschränkungen bevorzugen, da damit gesetzliche Klarheit geschaffen würde und die Kosten zukünftiger Kraftwerke besser absehbar wären.[43] Das erklärte Ziel von EEI ist es daher, die potenziellen Auswirkungen der Gesetzesinitiativen auf die Industrie abzufangen und die Kosten für emissionsvermindernde Vorschläge nicht komplett auf die Energieversorgungsbetriebe abzuwälzen. Daher fordert das EEI den Kongress auf, neue "Klima-freundliche" Technologien zu fördern, die einerseits die Kosten für den Verbraucher und die Industrie senken würden und andererseits auch die Kostenverteilung der Kohlenstoffemissionsenkung breiter streuen würden.[44] Auch wenn das EEI weder für noch gegen Emissionsrechtehandel eintritt, so gibt man sich besorgt, was den langsam immer unüberschaubareren legislativen Flickenteppich angeht, der durch die von Bundesstaat zu Bundesstaat verschiedenen Bestimmungen entsteht ist.[39] Das EEI ist auch sehr an Senator Bingamans „Überdruckventil Initiative“ interessiert, um wirtschaftlichen Schaden abzuwenden und den wesentlich wichtigeren Aspekt der Kostenkalkulierbarkeit zu garantieren. Dabei sollten Einschränkungen für Emissionsmengen auch die von Bingaman vorgeschlagene Emissionsdichte in Betracht ziehen, da sowohl Wirtschaftswachstum als auch neue Technologien von Nöten wären.[39] Die Firma Mid-American ist allerdings vor kurzem von ihrer Mitgliedschaft im EEI zurückgetreten. Die Firma bestreitet, daß EEIs Interesse die Kohlenstoffdioxidemissionen zu verringern etwas mit MidAmericans Entschluss zum Austritt gemein hat. MidAmerican ist gegen bindende Emissionsbeschränkungen und war in der Vergangenheit eine klare Befürworterin der Politik der Regierung Bush. Die Hälfte der Energie der Firma wird mit Kohlekraftwerken erzeugt.[45]

Die Intrastate Natural Gas Association wiederum war besorgt, daß es zu keiner einheitlichen Regulierung zu Emissionlimitationen kommen würde, sondern daß verschiedene lokale und regionale Herangehensweisen eingeführt werden, die möglicherweise widersprüchlich wären. Jedoch sprach sich die Organisation auch nicht für eine industrieweite Emissionsverringern aus. Stattdessen schlug man vor, daß Industriegrößen zwar von Emissionseinschränkungen betroffen sein sollten, jedoch müßte die Automobilindustrie nicht auf die gleiche Art und Weise erfasst werden. Diese könnte durch bessere Treibstoffverbrauchswerte oder durch die Nutzung von alternativen Treibstoffen Emissionen verringern.[39] Die bedeutendere American Gas Association hingegen stimmte einer Emissionsverringern ebenfalls grundsätzlich zu. Diese sollte auch für alle Wirtschaftssektoren gelten. Allerdings sollte diese Verringerung nicht uniform für alle Industriezweige zur selben Zeit aktiv werden und die gleichen Ausmaße annehmen.[39]

Der größte Arbeitnehmergewerkschaftszusammenschluss, die AFL-CIO (die auch die Stahlarbeiter- und Minenarbeitergewerkschaft zu ihren Mitgliedern zählt), unterstützt ausgewogene Maßnahmen, um die Auswirkungen des Klimawandels zu vermindern. Man ist allerdings auch gegen überstürzte Initiativen, die dem wirtschaftlichen Wachstum und einzelnen Sektoren schaden bzw. die USA in ein globales Hintertreffen führen, was ihre Wettbewerbsfähigkeit angeht. Auch wenn die Gewerkschaft zu diesem Zeitpunkt noch keine spezifische Gesetzesinitiative unterstützt, so ist jedoch klar, daß man vorhat, eine Rolle in der Klimapolitik zu spielen. In den Jahren zuvor einte die verschiedenen Gewerkschaften gerade die Ablehnung des Kyoto Abkommens, da dieses in seinen Verpflichtungen Entwicklungsländer nicht beinhaltete.[46]

Das American Petroleum Institute (API) hat ebenfalls die Zeichen der Zeit gesehen und versucht nun, sein Image zu verbessern. Gerade die Rekordgewinne, die einige Branchengrößen in den vergangenen Jahren eingefahren haben und die hohen Benzinpreise lassen den Unmut in der Bevölkerung wachsen. Kongressmitglieder sind daher auch gerne bereit die Kosten der Klimawandelpolitik auf diese Branche abzuwälzen, so wie es auch mit der Tabakindustrie bereits geschehen war. API hat daher bereits versucht Allianzen mit anderen Industriesektoren zu formen und auch ehemalige Kongressmitglieder eingestellt, um seine Standpunkte zu verteidigen bzw. neue Vorschriften und Regulierungen zu verhindern. So zum Beispiel versucht Charles Stenholm, ein ehemaliger Demokrat des Agriculture Committee nun seine Kollegen davon zu überzeugen, keine weiteren Quoten für die Ethanolbenutzung in Treibstoffen zu forcieren. Als im Jahr 2005 beschlossen wurde, daß Raffinerien jährlich 7,5 Milliarden Gallonen Treibstoff aus erneuerbaren Energiequellen integrieren mussten, haben Ölfirmen und Raffinerien protestiert. Mit diesem Beschluss würden nur ihre Produktionskosten ansteigen und damit auch die Benzinpreise. Auch weist man auf steigende Mais- und damit Lebensmittelpreise hin, sollte es zu einer verstärkten Nutzung von Ethanol kommen. Insofern arbeitet das API auch mit der Food Products Association and Grocery Manufacturers Association zusammen.[47] Die Industrie stellt nun vermehrt Demokraten ein, nachdem in der Vergangenheit die Republikaner fast ausschließlich die Vertreter dieser Industrie stellten. Neben Allianzen mit anderen Industrievertretern und der Rekrutierung Demokratischer Lobbyisten, bereitet sich API auch mit einer PR Kampagne auf neue Gesetzesinitiativen vor. Einige Lobbyisten schätzen, daß bis zu \$100 Millionen für Print-, Radio-, Fernseh- und Internetwerbung ausgegeben werden.[47]

Massachusetts vs. EPA

Am 3. April gab der Supreme Court bekannt, dass die Regierung bzw. die Environmental Protection Agency (EPA) für die Regulierung von Treibhausgasen die von Fahrzeugen erzeugt werden zuständig ist. Damit entfiel ein wichtiges Argument der Regierung Bush, welche sich gegen staatliche Massnahmen seitens der EPA auf nationaler Ebene aussprach, da diese nicht vom *Clean Air Act* gedeckt wurden und daher keine gesetzliche Grundlage hatten.[55] Der Oberste Gerichtshof beschloss ebenfalls, dass Elektrizitätswerke Luftverschmutzungsmessgeräte in älteren Kohlekraftwerken zu installieren hatten, was Umweltschützer zunächst aufjubeln ließ. Jedoch machte Präsident Bush am nächsten Tag schnell klar, dass er nicht von seinen Plänen weichen würde.[56] Richter John Paul Stevens brachte die Ansicht der Mehrheit der Richter mit den Worten zum Ausdruck, dass die EPA nunmehr es nur vermeiden könne, Massnahmen zu treffen, wenn sie entscheidet, dass Treibhausgase nicht zur Erderwärmung beitragen oder eine ausreichende Erklärung dafür gibt, dass sie dies nicht kann oder nicht erklären wird. Es würde nicht länger ausreichen, eine Anzahl an Gründen ohne wissenschaftliche oder „reasoned justification“ vorzulegen, um Massnahmen zu unterbinden bzw. Inaktivität zu entschuldigen.[57] Chief Justice Roberts verteidigte die Meinung der Minderheit der Richter mit den Worten, dass der Klimawandel durchaus vielleicht die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit wäre, jedoch der Kongress und die Exekutive die Aufgabe hätten zu agieren und nicht die Judikative.[58] Die EPA muss nun allen Bundesstaaten erlauben bzw. darf diese nicht mehr daran hindern, selber auf lokaler Ebene gegen Kohlendioxidemissionen von Fahrzeugen vorzugehen.[59]

Auch wenn einige Bundesstaaten versuchen nun Vorreiter in Sachen Klimawandelgesetzgebung zu werden, so stossen sie jedoch auch auf lokaler Ebene auf Widerstand seitens der

betroffenen Firmen. Am 10. April stellten zehn Autohersteller und –verkäufer das Recht des Bundesstaates Vermont in Frage, Kohlendioxidemissionen zu regulieren. Beobachter erwarten, daß dies nur die erste einer Reihe von gerichtlichen Herausforderungen der Frage der Zuständigkeit für Klimawandelgesetzgebung ist. Warum? Alan Weverstad von *General Motors* erk den Standpunkt während der Anhörung, dass Firmen bisher nur schrittweise Änderungen vornehmen mussten. Diese neuen Gesetzinitiativen verschiedener Bundesstaaten zur Verringerung von Kohlendioxidemissionen würden allerdings dramatisch-verringerte Verbrauchswerte erfordern, die unglaublich extrem wären.[60]

Act locally, think globally

Das man dennoch auch auf lokaler Ebene aktiv werden kann, zeigt die Stadt Seattle im Bundesstaat Washington. Bürgermeister Greg Nickels versucht seine Kollegen davon zu überzeugen, auf städtischer Ebene das Kyoto-Protokoll zu erfüllen. Im Jahr 2005 präsentierte er gemeinsam mit acht weiteren Bürgermeistern das *U.S. Mayors Climate Protection Agreement*. Das Ziel war damals, innerhalb eines Jahres 141 Bürgermeister davon zu überzeugen, das Dokument zu unterschreiben. Bisher haben sich insgesamt bereits 435 Bürgermeister dazu verpflichtet.[61] Auch in Boulder, Colorado "scheut" man sich nicht vor umweltfreundlichen Maßnahmen: Mit einem Stimmenvorsprung von 60 Prozent haben sich die Bewohner der Stadt bei den letzten Wahlen für eine "carbon tax" ausgesprochen. Diese Kohlendioxidsteuer wird ihnen nun zur Stromrechnung hinzuberechnet und macht die Stadt zur ersten in den USA, die eine Steuer auf Strom aus fossilen Brennstoffen erhebt.[48]

Ob dieses Prinzip jedoch auch auf landesweiter Ebene akzeptabel ist, wird sich noch zeigen. In einer Insider Umfrage des renommierten *National Journal*, wurde eine Auswahl an Demokratischen und Republikanischen Abgeordneten und Senatoren zu verschiedenen Optionen befragt. Sowohl bei den Demokraten als Republikanern war eine direkte Steuer im Namen des Klimawandels relativ unbeliebt.[49]

Andererseits fordert auch der Gouverneur von Oregon seine Kollegen im dortigen Landtag auf, Gesetzgebung zu veranlassen, so daß bis 2025 25 Prozent des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energiequellen gedeckt wird. Um dies zu bewerkstelligen, müssten Kraftwerke erneuerbare Energie selber generieren, von anderen Anbietern kaufen oder Zertifikate vom Staat akquirieren. Im Februar unterzeichnete Minnesotas Republikanischer Gouverneur ein ähnliches Gesetz, was die Kraftwerke in seinem Bundesstaat veranläßt, ebenfalls 25 Prozent des Energiebedarfs bis zum Jahr 2025 durch erneuerbare Energiequellen zu decken. Da auf nationaler Ebene bisher noch kein solches Gesetz beschlossen wurde, sind in mittlerweile insgesamt 24 Bundesstaaten verschiedene freiwillige oder vorgeschriebene Standards über den Anteil an erneuerbaren Energieträger in Kraft. Judi Greenwald vom *Pew Center on Global Climate Change* weist aber auch darauf hin, daß die Motivation oft in der Hoffnung auf Schaffung neuer Arbeitsplätze und einer saubereren Umwelt liegt.[50]

Bereits 1975 wurde ähnliche Anstrengungen den Ölpreis mit einer Steuer anzuheben überwältigend von den damaligen Abgeordneten abgelehnt. Bill Clintons Versuche eine Energiesteuer einzuführen, starben ebenfalls noch im legislativen Kinderbett. Dabei zeigen lokale Anstrengungen wie in Boulder bzw. regionale Versuche den Klimawandel zu mildern wie in Kalifornien, Washington, Oregon, New Mexico und Arizona, daß es durchaus Rückhalt in der Bevölkerung gibt. Interessant wird allerdings wenn die Emissionsverringerungsmodelle, die

sich gegen Fahrzeugs- und Kraftwerksemissionen richten (und wahrscheinlich clean-coal, Wind, Solar, Biomasse und andere alternative Energiequellen fördern werden) zu den ersten nachteiligen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt führen bzw. sich im Wirtschaftswachstum negativ ausschlagen. Die Republikaner warnen bereits jetzt vor China und India, die zwar auch auf Atomkraftwerke setzten, aber auch zahllose veraltete Kohlekraftwerke betreiben. [48]

Klimawandel als nationale Bedrohung

Aber auch aus der Perspektive der Nationalen Sicherheit versuchen Wissenschaftler und andere Gruppen die Aufmerksamkeit, die dem Problem des Klimawandels gewidmet wird, aufrecht zu erhalten. Laut einer Studie des *Center for Naval Analysis*, welche vom Rockefeller Family Fund und anderen Stiftungen finanziert wurde, droht der Klimawandel den Krieg gegen den Terror zu verlängern sowie politische Instabilität generell zu fördern. Zum Beispiel könnten die USA in humanitäre Missionen in diesen Gebieten verwickelt werden, während das schmelzende Eis der Polkappen generell Territorialkonflikte über Schifffahrtsgebiete und Rohstoffe ausbrechen lassen kann. Die Studie stuft den Klimawandel dann auch als Gefahrenmultiplikator ein, der bedrohliche Umstände und Situationen nur noch gefährlicher macht. [62] Der Chairman des Senate Foreign Relations Committees und Demokratischer Präsidentschaftskandidat, Joe Biden, plant daher auch eine Anhörung zu diesem Problem abzuhalten. Bereits vor einem Monat hatte der Demokratische Senate Majority Whip Dick Durbin und der Republikanische Senator Chuck Hagel einen Gesetzesvorschlag initiiert, der die Regierung veranlassen würde, die Klimawandelrisiken offiziell zu untersuchen. [63]

Elections 2008 - The heat is on

Eine Anhörung des Senate Environment und Public Works Ausschusses am 30. Januar dieses Jahres brachte zwar keine geladenen Wissenschaftler und Experten vor den Ausschuss, bot aber dafür einer Reihe von Präsidentschaftsanwärtern, die Möglichkeit ihre Positionen darzustellen. Die Senatoren Biden, Clinton, McCain und Obama nutzten die Chance dann auch, sich den Wählern zu präsentieren. Senator Larry Craig aus Idaho brachte es dann aber auch auf den Punkt: „eine überstürzte Klimawandelpolitik wäre nur ein Ansturm zur nächsten Wahl, Senatorin Clinton.“ [32]

Es ist allerdings tatsächlich bemerkenswert, wie die Demokraten versuchen, mit dem Thema Klimawandel (und entsprechender Rhetorik) gerade auch bei religiösen Wählern Punkte zu sammeln. In der Vergangenheit gab es bereits vermehrt christliche Organisationen, die ihr politisches Betätigungsfeld nicht mehr nur auf Abtreibung und Homo-ehe konzentrieren, sondern sich auch aktiv um den Schutz von Gottes Erde kümmern wollten. [50] Gerade bei den

Evangelikalen wird das Interesse für dieses Thema immer größer. Richard Cizik, Vice President for Governmental Affairs der National Association of Evangelicals (NAE) startete bereits 2006 eine Initiative, um den Klimawandel zu verlangsamen. Die Organisation gehört mit 45 000 protestantischen Kirchengemeinden und knapp 30 Millionen Mitgliedern zu den größten in den USA. Jedoch wird Cizik sowohl innerhalb als auch außerhalb der Organisation angegriffen. Der Vorstandsvorsitzende des NAE, L. Roy Taylor betont, dass Cizik nicht von ihm unterstützt wird. Tony Perkins, der Executive Director des einflussreichen Family Research

Council, beschuldigt Cizik dann auch, seine eigene Agenda zu verfolgen, und nicht die wahren Interessen und Wertvorstellungen der Mitglieder zu vertreten.[51]

Während den Demokraten vorgeworfen wird, bereits an die nächsten Wahlen im Jahr 2008 zu denken, haben Basisorganisationen schon längst damit angefangen, Klimawandel als Thema für die Präsidentschaftsvorwahlen zu positionieren. Die League of Conservation Voters ist bereits vor Ort in Iowa, New Hampshire, South Carolina und Nevada, um lokale Medien und Parteifunktionäre zu ermutigen, Fragen zum Klimawandel an die Kandidaten zu stellen.[52] Die Tatsache, daß eine Reihe von Präsidentschaftsanwärtern bereits zehn Monate vor den Vorwahlen sich gegenseitig mit Gesetzesinitiativen überbietet, ist auf jeden Fall ein Zeichen dafür, daß Klimawandel ein top Thema im Wahlkampf werden wird, so Tiernan Sittenfeld von der League of Conservation Voters.[53] Kein Wunder dann, dass Senatorin Barbara Boxer erste Gesetzesinitiativen bereits in diesem Jahr im Senat diskutieren will und nicht darauf warten wird, bis eine klare Mehrheit von 60 Stimmen im Senat erreicht werden kann. Diese ist notwendig, um einen *filibuster* zu vermeiden bzw. das wahrscheinliche Veto des Präsidenten zu brechen. Damit soll das Thema Klimawandel für den bevorstehenden Wahlkampf im Jahr 2008 aktuell gehalten werden: Senatoren und Abgeordnete sollen für ihre Abstimmungsentscheidungen dann zur Rechenschaft gezogen werden.[64]

Sea Change?

Auch wenn es momentan erscheinen mag, daß ein "tipping point" erreicht wurde und nun die Politiker beider Seiten zum Handeln veranlasst sind, so ist das Gesprächsklima ein überraschend kompliziertes. Beide Seiten scheinen in extremen Lagern zu kampieren, so daß eine Konsensbildung nur schwer zu vollbringen ist. Man kann sich scheinbar nur zwischen dem sofortigen Handeln, um die Erde zu retten und einem "Idiotendasein" als Klimawandelskeptiker entscheiden. Nicht jeder der zu behutsamer Analyse der Kosten für die Wirtschaft aufruft, ist auch der korrupte Klimawandelskeptiker für den man ihn hält. Eine Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert die Tatsache, daß die Erde sich in einer Wärmephase befindet und das Menschen zumindest teilweise via Treibhausgasemissionen dafür verantwortlich sind. Die Tatsache, daß die Zukunftsszenarien des IPCC sich bis ans Jahrhundertende erstrecken, sollte den Amerikanern (die Zeit) zu denken geben.

Sowohl Präsident Bush als auch Speaker Pelosi und Majority Leader Harry Reid wollen Innovations-technologien fördern, um einerseits die Wettbewerbsfähigkeit und Energiesicherheit der USA zu sichern und andererseits den Klimawandel zu verlangsamen.[54] Während einer Debatte zwischen dem Demokratischen Senator John Kerry und dem ehemaligen Sprecher der Republikaner im Abgeordnetenhaus Newt Gingrich ist einer der traditionellen Gegensätze zwischen den beiden Parteien wieder klar geworden: die Republikaner vertrauen auf die Kraft von *market based incentives*, das Problem schneller und günstiger beheben zu können, als die von den Demokraten favorisierte staatliche Lösung via eines Emissionsrechtetandels.

Als jedoch Präsident Bush noch Gouverneur von Texas war, führte er ohne weiteres ein Kohlendioxidemissionslimit ein. Auch versprach er während des Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2000 die Kohlendioxidemissionen auf nationaler Ebene zu beschränken. Letztendlich wandte er sich von seinem Versprechen ab, allerdings aus guten Gründen - laut dem ehemaligen Direktor der EPA. Dieser schrieb vor kurzem in der *Washington Post*, dass die Zeit für Gesetzesinitiativen gekommen sei und weiterer Aufschub keine Option mehr darstellte.[66] Ein Kompromiss sollte also zu finden sein.

Fußnoten

- [1] Jeff Tollefson, "Fuel efficiencies top Bush plans," *CQ Weekly*, January 27, 2007.
- [2] Keith Koffler, "Bush to seek 20 percent cut in U.S. gas usage by 2017," *Congress Daily*, January 23, 2007.
- [3] Darren Goode, "Panel steamed over withheld documents," *Congress Daily*, January 30, 2007.
- [4] Darren Goode, "Lawmakers chide CEQ for failing to provide documents," *Congress Daily*, January 30, 2007.
- [5] Darren Goode, "Hill sees possible warming trend over climate consensus," *Congress Daily*, February 27, 2007.
- [6] Darren Goode, "Dems say Bush aide downplaying global warming threat," *Congress Daily*, March 19, 2007.
- [7] "Congress fighting over Iraq, FY07 funds," *Congress Daily*, January 29, 2007.
- [8] Manu Raju, "House panel spars over changes White House ordered in climate studies," *CQ Today*, March 19, 2007.
- [9] "House panel cranks up oversight with hearings on global warming," *CQ Weekly*, February 2, 2007.
- [10] Rebecca Adams, "OIRA's new rules of the game," *CQ Weekly*, January 27, 2007.
- [11] Otto Kreisher, "Senate environment panel reorganizes with new focus," *Congress Daily*, January 17, 2007.
- [12] Darren Goode, "Pelosi announces select climate panel as grumbling begins," *Congress Daily*, January 19, 2007.
- [13] Brian Friel, "Pelosi creates global warming panel," *National Journal*, January 19, 2007.
- [14] Darren Goode, "Pelosi, Chairman at an impasse in new-panel talks," *Congress Daily*, January 26, 2007.
- [15] Darren Goode, "Pelosi, Dingell agree on climate panel," *National Journal*, February 10, 2007.
- [16] "Bush ready to visit Democrat's house," *Congress Daily*, January 22, 2007.
- [17] Christian Bourge, "Select trouble," *Congress Daily*, January 19, 2007.
- [18] Manu Raju, "House to create global warming and energy committee; will expire in 2008," *CQ Today*, March 7, 2007.
- [19] Darren Goode and Christian Bourge, "Pelosi creating global warming panel; Dingell shrugs," *Congress Daily*, January 18, 2007.
- [20] Manu Raju, "Stacked deck? Boehner appoints members to climate panel who voted against it," *CQ Today*, March 9, 2007.
- [21] Jeff Tollefson, "Markey's climate panel adopts rules, but does little else," *CQ Today*, March 27, 2007.
- [22] Darren Goode, "Committee chiefs pledge to meet Pelosi's climate deadline," *Congress Daily*, March 15, 2007.
- [23] Darren Goode, "Pelosi's energy time table might slip," *Congress Daily*, March 14, 2007.
- [24] Darren Goode, "Lieberman, McCain gauging economic impact of climate bill," *Congress Daily*, February 8, 2007.
- [25] Clive Crook, "Don't think I'm defending Bush, but...", *National Journal*, February 3, 2007.
- [26] "Senate greenhouse gas cap-and-trade proposals in the 110th Congress," Pew Center for Global Climate Change Website, February 5, 2007, <http://http://www.pewclimate.org/docUploads/Cap%2Dand%2Dtrade%20bills%20110th%5FFeb5%2Epdf> accessed March 28, 2007.
- [27] Terry Kivlan, "Senate Dems renew effort to reduce greenhouse gases," *Congress Daily*, January 17, 2007.
- [28] "Bush ready to visit Democrat's house," *Congress Daily*, January 22, 2007.
- [29] Darren Goode, "Members aim to apply brakes to Bush CAFE proposal," *Congress Daily*, February 28, 2007.
- [30] Manu Raju, "Gore's global warming plan goes far beyond anything Capitol hill envisions," *CQ Today*, March 21, 2007.
- [31] Darren Goode and Otto Kreisher, "Four panels to debate global warming ideas; more to come," *Congress Daily*, February 13, 2007.
- [32] Jessica Brady, "Hearing on global warming attracts like-minded Senators," *Congress Daily*, January 30, 2007.
- [33] Jeff Tollefson, "Dingell wants 'new approach' on fuel efficiency, but Markey presses his own plan," *CQ Today*, March 13, 2007.
- [34] Darren Goode, "Senate Democrats look to co-opt Bush on energy agenda," *Congress Daily*, January 18,

2007.

- [35] Darren Goode, "Bingaman says coal-to-energy, SPR boost not in his plan," *Congress Daily*, March 23, 2007.
- [36] Manu Raju, "Clean coal technology factors heavily in climate control legislation," *CQ Today*, March 6, 2008.
- [37] Jeff Tollefson, "In debate over climate change, energy efficiency becomes a powerful focus," *CQ Today*, March 14, 2007.
- [38] Darren Goode, "Report: emissions can be cut with existing technologies," *Congress Daily*, February 1, 2007.
- [39] Darren Goode, "Groups stake out positions on greenhouse gas reductions", *Congress Daily*, March 20, 2007.
- [40] Darren Goode, "Committee chief pledge to meet Pelosi's climate deadline," *Congress Daily*, March 15, 2007.
- [41] Jeff Tollefson, "Auto executives support climate bill, balk at CAFE boost," *CQ Today*, March 14, 2007.
- [42] Darren Goode, "Industry execs join in effort to reduce global warming," *Congress Daily*, January 22, 2007.
- [43] Mark Wegner, "Utility group plants its stake on global warming legislation," *Congress Daily*, February 9, 2007.
- [44] Mark Wegner, "Corporate America warms to new role in the debate over climate," *Congress Daily*, February 12, 2007.
- [45] "Firm resigns from EEI, denies climate change link," *Congress Daily*, February 9, 2007.
- [46] Darren Goode, "Sensing momentum, unions eye global warming bills," *Congress Daily*, March 5, 2007.
- [47] Rebecca Adams, "Drilling for a new image," *CQ Weekly*, January 20, 2007.
- [48] Tom Arrandale, "A bolder Boulder," *Governing Magazine*, February 2007, p. 56.
- [49] Richard E. Cohen and Peter Bell, "National Journal insiders poll," *National Journal*, February 3, 2007.
- [50] Elaine S. Povich, "Pelosi criticizes Katrina omission during Bush speech," *Congress Daily*, January 25, 2007 or Chuck Jordan, "Kulongoski urges Oregon to pass renewable energy bill," *Congress Daily*, March 12, 2007.
- [51] Shawn Zeller, "Feeling the heat," *CQ Weekly*, January 27, 2007.
- [52] Manu Raju, "Climate consensus," *CQ Weekly*, January 19, 2007.
- [53] Darren Goode, "Edwards latest Presidential wannabe to offer climate plan," *Congress Daily*, March 21, 2007.
- [54] Heather Greenfield, "Techies hope Bush will prioritize competitiveness," *Technology Daily*, January 23, 2007.
- [55] Mitchell, CBS Evening News, April 2, 2007 and Schulte, *U.S. News and World Report*, April 16, 2007.
- [56] Adler, *Newsweek*, April 16, 2006.
- [57] Greenhouse, *New York Times*, April 3, 2007.
- [58] Barnes and Eilperin, *Washington Post*, April 3, 2007.
- [59] Knickerbocker, *Christian Science Monitor*, April 9, 2007 and "High court backs EPA on greenhouse gas emissions," *Congress Daily*, April 2, 2007.
- [60] Knickerbocker, *Christian Science Monitor*, April 12, 2007.
- [61] Underwood, *Newsweek*, April 16, 2007.
- [62] Turner and Harvey, *Financial Times*, April 17, 2007 and Kaplan and Maugh, *Los Angeles Times*, April 17, 2007.
- [63] Darren Goode, "Biden will hold hearing on climate change security risks," *Congress Daily*, April 18, 2007.
- [64] Darren Goode, "Boxer plans to move global warming bills to Senate floor," *Congress Daily*, April 18, 2007.
- [65] Blake, *The Hill*, April 11, 2007.
- [66] Christine Todd Whitman, *Washington Post*, April 9, 2007.